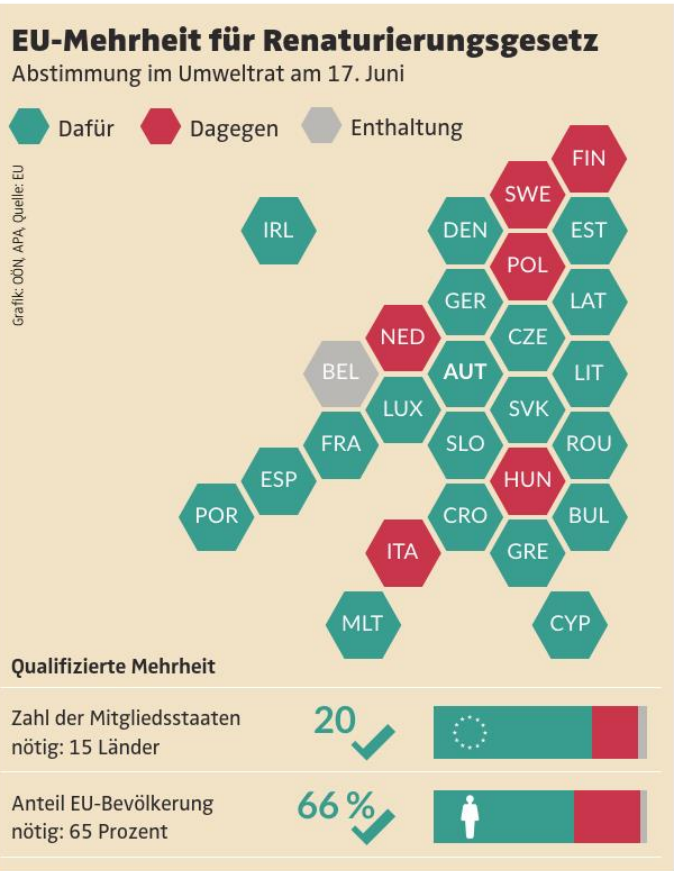


Koalition hält bis zum Ende



Gewessler freute sich über Beschluss des Renaturierungsgesetzes Foto: APA/ Perwein



Österreichs Stimme gab den Ausschlag

20 Staaten waren für die Renaturierungsverordnung, sechs dagegen, Belgien enthielt sich

LUXEMBURG. Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) „Ja“ gab bei der Abstimmung im Rat der Umweltminister den Ausschlag für das Zustandekommen einer qualifizierten Mehrheit. Die verlangt die Zustimmung von 15 Mitgliedsstaaten, in denen mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung leben. Es wurde wie erwartet knapp: Zwar gaben 20 Länder grünes Licht, die repräsentieren aber gerade einmal 66 Prozent der Bevölkerung in der Union.

Zur Veranschaulichung: Auf Österreich entfallen rund zwei Prozent der Bevölkerung in der EU – wäre Gewessler bei der bisherigen Position, einer Enthaltung, geblieben, wäre eine Abstimmung über

das Renaturierungsgesetz zum Scheitern verurteilt gewesen.

In einer öffentlichen Aussprache legten die Minister gestern die Karten auf den Tisch. Nach einer Reihe positiver Wortmeldungen, darunter aus Deutschland und Frankreich, kündigte Italiens Vizeumweltministerin Vannia Gava an, gegen die Verordnung zu stimmen. „Wir brauchen noch weitere Überlegungen, wie wir Auswirkungen auf die Landwirtschaft vermeiden können.“

Kai Mykkänen, Umweltminister Finnlands, argumentierte sein Nein mit „unverhältnismäßigen Kosten“, die für sein Land anfallen würden. „Wir würden die Verhandlungen gerne fortsetzen, um

eine effiziente und verhältnismäßige Verordnung anzunehmen.“ Dagegen äußerten sich auch die Vertreter aus Polen, den Niederlanden, Schweden und Ungarn. Belgien enthielt sich der Stimme.

Geld aus Brüssel zur Umsetzung

Gewessler sprach in ihrer Wortmeldung im Rat von einer „fundamentalen Entscheidung“. Sie forderte, dass die Mitgliedsstaaten, in Österreich die Bundesländer, mit den durch die Vorgaben entstehenden Kosten nicht allein gelassen werden dürften. Dafür brauche es eine umfassende Einbindung durch die Kommission. Bürger sowie Unternehmen – in Österreich ist etwa der Spar-Konzern

für das Gesetz – erwarteten sich einen Beschluss der Verordnung.

Die innenpolitischen Querelen sparte die Ministerin aus. Die Befürworter argumentierten nicht nur mit der Notwendigkeit, Lebensräume zugunsten der Biodiversität wiederherzustellen, und mit den jüngsten Überschwemmungen nach Unwettern in mehreren Mitgliedsstaaten. Es gehe auch um Europas globale Vorreiterrolle beim Schutz der Biodiversität und des Klimas.

Und sie mahnten dazu, die Glaubwürdigkeit der Institutionen zu wahren – für gewöhnlich ist die finale Zustimmung zu einem bereits von Rat und Parlament erzielten Kompromiss ein Formalakt.

NACHGEFRAGT

„Das ist eine innerösterreichische Kontroverse, die mich nichts angeht.“



Alain Maron, EU-Ratsvorsitzender

„Das Gesetz erhöht die Artenvielfalt, fördert den Klimaschutz und stärkt die Ernährungssicherheit.“



Hanna Simons, WWF

„Das ist eine wichtige Entscheidung, insbesondere für die wertvollen alpinen Naturräume.“



Wolfgang Schnabl, Präsident des Österreichischen Alpenvereins

„Der Umweltnutzen ist mehr als zweifelhaft, die Mehrbelastung für Bauern enorm, die Kostenübernahme ungeklärt.“



Josef Moosbrugger, Präsident Landwirtschaftskammer Österreich

„Am Wahltermin, dem 29. September, kann sich nichts mehr ändern.“



Werner Zögernitz, Experte für Parlamentarismus und Demokratie